

Bankgeheimnis: Parteien wollen Sonderdebatte

Eine dringliche Debatte in der laufenden Session zur Krise rund um UBS und Bankgeheimnis ist wahrscheinlich.

BERN. Nach den Grünen und der SVP verlangen dies auch die SP- und die CVP-EVP-glp-Fraktion. Die SVP fordert sogar die Einsetzung einer Untersuchungskommission PUK. «Die Schlamperie der zuständigen Behörden, Ämter und Gerichte im Zusammenhang mit dem Amtshilfebegehren der USA muss schonungslos aufgeklärt werden.» In einem Positionspapier bekräftigt die SVP ferner die Forderung nach einer Stärkung des Bankgeheimnisses und Massnahmen gegen das Klumpenrisiko, das die beiden Grossbanken darstellten. Damit stellt sich die Fraktion hinter Christoph Blocher, der eine Aufspaltung der Bank verlangt.

Gegen eine Aufweichung des Bankgeheimnisses wehrt sich auch die FDP-Liberale Fraktion. Die SP-Fraktion verabschiedete ihrerseits eine dringliche Interpellation, in der sie den Bundesrat festzulegen, mit der Rechtssicherheit wieder hergestellt werden könne. Die CVP-EVP-glp-Fraktion will den Bundesrat mit fünf dringlichen Interpellationen dazu bringen, den angerichteten Schaden zu beseitigen und das Vertrauen in die Schweiz und ihre Wirtschaft wieder herzustellen. (ap)

«Schweiz sollte kooperieren»

Das Bankgeheimnis ist unter Druck. Die USA und die EU erwarten, dass die Schweiz bei Steuerhinterziehung kooperiert. Peter Ulrich, Wirtschaftsethiker an der Uni St. Gallen, rät zum Entgegenkommen.

Herr Ulrich, wie weit wird die Schweiz den Forderungen der USA und der EU nachgeben müssen?

Peter Ulrich: Für mich ist es klar, dass die Schweiz auch in begründeten Fällen von Steuerhinterziehung sehr bald Amtshilfe leisten muss. Es deutet jedenfalls alles darauf hin, dass sich weder die EU noch die USA künftig mit einer Zahlstellensteuer zufriedengeben werden, auch wenn diese ausgebaut würde.

Welche Strategie würden Sie dem Bundesrat empfehlen, um den Schaden in Grenzen zu halten?

Ulrich: Meine Strategie würde aus vier Punkten bestehen. Erstens würde ich klarstellen, dass das Bankgeheimnis in der Schweiz weiterhin gilt, soweit es die legitimen Ansprüche auf Schutz der Privatsphäre betrifft. Wer es aber dazu missbraucht, um Steuerbetrug oder Steuerhinterziehung zu begehen, der wird nicht gedeckt. Damit komme ich zum zweiten Punkt: Auf dieser Basis ist die Schweiz gewillt, die bisherige steuertechnische Unterscheidung zwischen einfacher Steuerhinterziehung und Steuerbetrug aufzugeben und zumindest in plausibel gemachten Fällen von erheblicher Steuerhinterziehung Amts- und Rechtshilfe zu leisten.

Sie sagten erhebliche Steuerhinterziehung.

Ulrich: Genau. Es geht dabei nicht um das einmalige Vergessen von Angaben, sondern um willentliche Steuerhinterziehung. Wenn ich mit meiner Unterschrift bestätige, dass ich alles deklariert habe, und dies nicht stimmt, so ist dies doch ein klarer Fall von Betrug, da haben die Amerikaner recht.

Welche Beweismittel müssen denn vorliegen, damit die Schweiz Informationen herausgibt?

Ulrich: Wesentlich ist, dass eine Hinterziehung plausibel ist. Der einfachste Tatbeweis ist, wenn in einem Rechtsstaat, wie es die USA und die EU-Länder ja sind, ein Verfahren läuft. In einem solchen Fall ist es nicht nötig, dass die Schweiz auch noch ein Verfahren durchführt. Sollte der Vorwurf dann haltlos sein, so passiert dem Kontoinhaber ja nichts.

Wie setzen Sie Ihre Strategie fort?

Ulrich: Drittens muss die Schweiz ihren Willen erklären, mit allen

befreundeten Ländern zu kooperieren, dies in der Bemühung, einen möglichst fairen Steuerwettbewerb zu etablieren. Und nun der vierte Punkt: In diesem Moment kann sie ebenfalls Forderungen an andere Finanzplätze stellen. Ich denke an die britischen Kronkolonien im Ärmelkanal, über die Karibik, Singapur, Hongkong und so weiter. Das Ziel ist eine weltweit gültige Ordnung.

Wie gross schätzen Sie den volkswirtschaftlichen Schaden?

Ulrich: Wenn wir schnell klare Verhältnisse schaffen, wird sich der Schaden in Grenzen halten. Diejenigen, die ihre Gelder woanders hinbringen, haben ohnehin keine reine Weste. Die Schweizer Banken haben mit ihrer Leistungsfähigkeit, den stabilen politischen Verhältnissen und dem harten Franken immer noch genügend Standortvorteile.

Interview: David Angst



Peter Ulrich

Paris und Berlin drohen erneut

Deutschland und Frankreich wollen Steuerparadiese international ächten. Beide Regierungen wollten sich dafür einsetzen, dass die Mitglieder der Gruppe der führenden Industrie- und Schwellenländer (G-20) bilaterale Abkommen zu diesen Ländern aufkündigten. Das sagte die französische Wirtschaftsministerin Christine Lagarde gestern bei einer Medienkonferenz mit dem deutschen Finanzminister Peer Steinbrück in Paris. Für den Gipfel der G-20-Staaten im

April solle die Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) «Kriterien und eine Liste der Länder» vorlegen, die eine Zusammenarbeit verweigerten.

Steinbrück kritisierte erneut die Schweiz, die nach seiner Meinung auf die «schwarze Liste» der OECD gehört: «Offiziell hat sich die Schweiz nicht kooperativ gezeigt.» Er erwarte eine Zusammenarbeit im Kampf gegen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung wie von anderen Ländern. (ap)

Erste Frau in Walliser Regierung

SION. Erstmals in der Walliser Geschichte zieht mit der SP-Politikerin Esther Waeber-Kalbermatten eine Frau in die fünfköpfige Kantonsregierung ein. Das Wallis war der letzte Kanton, in dem noch nie eine Frau in der Regierung sass. Wie die Walliser Staatskanzlei mitteilte, kommt es zur stillen Wahl der fünf Erstplatzierten aus dem ersten Wahlgang. Die Anmeldefrist für die zweite Runde lief gestern abend ab. Nur fünf Kandidaturen gingen ein, darunter jene von Esther Waeber-Kalbermatten. Die Walliser Regierung setzt sich damit auch in der nächsten Legislatur aus drei CVP-Vertretern und je einem FDP- und SP-Mitglied zusammen. (sda)

Wegen Blutrache bedroht

BERN. Das Bundesverwaltungsgericht hat sein Veto gegen die Wegweisung von zwei Albanern eingelegt, die möglicherweise von Blutrache bedroht sind. Das Bundesamt für Migration (BFM) muss vor einem neuen Entscheid vor Ort vertiefte Abklärungen treffen. Die beiden Männer waren 2005 und 2006 illegal in die Schweiz eingereist.

Ihre Asylgesuche hatten sie damit begründet, dass ihre Urgrossbeziehungsweise Grossväter vor langer Zeit Mitglieder einer anderen Familie getötet hatten. Nun seien sie in ihrem Heimatland Albanien wegen der laufenden Blutrache gefährdet. (sda)

Anzeige



Die passende Strategie für Ihr Vermögen beginnt mit einer finanziellen Standortbestimmung.

Die Überprüfung Ihrer gesamten finanziellen Situation bildet die Basis für unsere umfassende Anlageberatung. Indem wir Ihre Ziele kennen und Ihre langfristigen Bedürfnisse verstehen, können wir gemeinsam die Strategie für Ihr Vermögen festlegen. Und Ihnen passende Anlagelösungen empfehlen, die auch Ihre Ziele rund ums Vorsorgen und Finanzieren berücksichtigen. Wir laden Sie ein zu einer finanziellen Standortbestimmung. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.